

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen werden den Anzeigern und den Anzeigerstellen des Verlegers entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis: 10 Pfennig. — Abonnement: 10 Mark pro Jahr. — Druck: 10 Mark pro Jahr. — Druck: 10 Mark pro Jahr.

Veröffentlichungen werden den Anzeigern und den Anzeigerstellen des Verlegers entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis: 10 Pfennig. — Abonnement: 10 Mark pro Jahr. — Druck: 10 Mark pro Jahr. — Druck: 10 Mark pro Jahr.

Entgeltlos: Ca. 1000 Anzeigerstellen. — Inhaltend: Die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. — Postfach-Nr. 1000

Nr. 276

Freitag, den 25. November 1932

27. Jahrgang

Der nationalsozialistische Vorschlag:

Präsidentalkabinett unter Hitlers Führung

Hitlers Denkschrift überreicht — Die Entscheidung nun wieder bei Hindenburg

Hitlers Antwort an Hindenburg

Berlin, 23. Nov. Reichspräsident Goering begab sich um 18.30 Uhr in die Reichskanzlei und überbrachte die Antwort Hitlers an Reichspräsident v. Hindenburg.

Berlin, 23. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde heute 8.30 Uhr nachmittags durch den Reichspräsidenten Goering dem Staatssekretär Meißner übergeben. Der siebenhundert Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Herr Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit seinem einseitigen Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Abgabe verbindet Herr Hitler einen Gegenanschlag, der zur Zeit dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

Berlin, 23. Nov. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Heute nachmittags um 8.30 Uhr wurde die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben des Herrn Staatssekretär Dr. Meißner überreicht. Die Antwort bringt — unter eingehender Begründung — zum Ausdruck, daß Adolf Hitler den ihm vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen kann, weil er in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich unbefähigt ist. Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Bestes zu tun, damit Volk und Reich nicht in Chaos versinken, hat Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten einen klar umrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester fixierter Frist die Regierungskrise gelöst werden kann. Der Vorschlag schließt mit dem Vorschlag Adolf Hitlers bei seiner Annahme sowohl seine Person wie auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und damit für die Errettung des Vaterlandes einzusetzen.

Dr. Schacht bei Hitler

Berlin, 23. Nov. Die Uebersendung des Antwortbriefes Hitlers an den Reichspräsidenten war gegen 17 Uhr noch nicht erfolgt. Zu dieser Zeit erschien der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht zu einer Besprechung mit Hitler im Kaiserhof. Um 18.30 Uhr erschienen kurz hintereinander Staatsminister a. D. Dr. Frick, der Stabschef der SA, Hauptmann Röhm, der Wirtschaftspolitiker der NSDAP, Straßer, und General von Epp.

Hitlers Antwort

Berlin, 23. Nov. Die ersten sechs Seiten der Denkschrift Hitlers enthalten eine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Argumenten des gestrigen Briefes des Staatssekretärs Meißner an Adolf Hitler. Der eigentliche Vorschlag Hitlers ist in den letzten anderthalb Seiten enthalten und läuft auf ein Präsidentalkabinett unter Hitlers Führung hinaus. Offenbar ist die Formulierung aber so, daß der Vorschlag nicht als Hitlers letztes Wort aufgefaßt werden kann. Dafür spricht auch die Tatsache, daß Reichspräsident Goering bei der Uebersendung der Antwort ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Fäden zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Herrn Hitler nicht abgerissen, sondern die Verhandlungen unter allen Umständen fortgeführt werden möchten. Ebenso hat Goering darum gebeten, Hitlers Vorschlag als solchen vorläufig geheim zu halten, damit die weiteren Verhandlungen nicht gestört werden. In Kreisen der Reichsregierung werden deshalb auch keinerlei Auskünfte hierüber gegeben, bevor der Reichspräsident über den Vorschlag entschieden hat. Die Verhandlungen werden auch nicht schriftlich, sondern mündlich in der Form fortgesetzt, daß entweder der Reichspräsident Adolf Hitler erneut empfängt oder Staatssekretär Meißner die Verbindung aufrecht erhält. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Reichspräsident seine Entscheidung nicht bereits heute abends trifft, und

zwar deshalb, weil er das ernste Bestreben hat, auch die weiteren Verhandlungen in aller Ruhe und Sorgfalt zu führen, damit, wenn irgend möglich, eine positive Lösung erzielt wird. Dieses Bestreben wird um so stärker eingeschätzt, als die Art, wie die Antwort Hitlers in dem nationalsozialistischen Kommuniqué bekanntgegeben wurde, außerordentlich stark bekremdet hat. Nach Auffassung politischer Kreise enthält das nationalsozialistische Kommuniqué eine ungewöhnliche Kritik am Reichsoberhaupt in der Behauptung, daß die Vorbehalte des Reichspräsidenten „innerlich undurchführbar“ seien. Diese Feststellung hat um so mehr bekremdet, als Adolf Hitler bei seinen persönlichen Besprechungen im Hause des Reichspräsidenten die Vorbehalte grundsätzlich angenommen hat. Dasselbe gilt für die übrigen Parteiführer, die der Reichspräsident empfangen hat. So mußte der Reichspräsident den bestimmten Eindruck gewinnen, daß eine parlamentarische Mehrheitsbildung auf Grund der von und vorgestern bereits veröffentlichten fünf Punkte möglich sei. In diesem Sinne ist das Ersuchen des Reichspräsidenten eine direkte Fortsetzung der Besprechung, die er am Sonnabendmittag mit Adolf Hitler gehabt hat. Weist die Kritik an den Vorbehalten des Reichspräsidenten schon aus diesen sachlichen Gründen fehl, so gilt das nach Auffassung politischer Kreise im selben Maße für die in den letzten Tagen laut gewordene Beanstandung des Ersuchens, festzustellen, ob „eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einseitigem Arbeitsprogramm“ im Reichstage für eine neue Reichsregierung vorhanden ist. Es steht nämlich außer allem Zweifel, daß auch alle früheren Aufträge an andere Persönlichkeiten vom Reichspräsidenten immer erfüllt worden sind. Das gilt in erster Linie auch für den Auftrag, den vor einem halben Jahre Reichkanzler v. Papen bekommen hat. Er lautete auf die „Bildung einer Regierung, der nationalen Konzentration“. Bei der Bildung des Kabinetts Brüning hat der Reichspräsident am 28. März 1930 erklärt, daß es ihm nicht zweckmäßig erscheine, die künftige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen. In der amtlichen Mitteilung hierüber wurde dann festgesetzt, daß „Dr. Brüning den ihm in dieser Form erteilten Auftrag“ angenommen habe. Bei der Umbildung des Kabinetts am 7. Oktober 1931 wurde der Auftrag in ähnlich begrenzter Form wiederholt, nämlich erteilt „mit der Maßgabe, daß die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle“. Ebenso sind die früheren Beauftragungen mit ausdrücklichen Beschränkungen erfolgt, so der an Hermann Müller im Juli 1928 und der an den Reichkanzler Marx im Januar 1927. Bei

der Bildung des Kabinetts Müller hat der Reichspräsident, als eine bestimmte Partei für sich den Reichkanzler forderte, obendrein noch öffentlich festgesetzt, daß er es ablehnen müsse, „in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts besondere Vorschriften machen zu lassen“.

Mit diesen Beispielen wird nach Auffassung politischer Kreise die in den letzten Tagen verschiedentlich geäußerte Ansicht widerlegt, daß die Begrenzung des Auftrages mit seinem parlamentarischen Charakter nicht vereinbar sei. Adolf Hitler hat in seiner Antwort seinerseits eine Art Verfahren für die weiteren Verhandlungen um die Kabinettsneubildung vorgeschlagen, ohne übrigens bereits eine Ministerliste aufzustellen. Die Entscheidung über das Verfahren liegt nun selbstverständlich beim Reichspräsidenten. In politischen Kreisen nimmt man an, daß er dem Wunsche, die Fäden in diesem Stadium nicht abreißen zu lassen, entsprechen wird, zumal der Vorschlag Adolf Hitlers von der nationalsozialistischen Führung als Diskussionsgrundlage bezeichnet worden ist. Wenn übrigens in dem nationalsozialistischen Kommuniqué von Hitlers Vorschlag gesagt wird, daß die Regierungskrise durch ihn in „kürzester fixierter Frist“ gelöst werden könne, so ist das nicht so aufzufassen, als stelle Adolf Hitler dem Reichspräsidenten ein Ultimatum. In der Antwort Hitlers wird vielmehr erklärt, daß Adolf Hitler, wenn ihm der Auftrag erteilt werden würde, in einer genaueren bezeichneten Frist in der Lage sei, die Krise zu lösen. Die Entscheidung des Reichspräsidenten wird nun wahrscheinlich im Laufe des morgigen Donnerstags ergehen. Meldungen, daß morgen auch ein Empfang der Parteiführer stattfinden solle, beruhen auf Kombinationen, die nicht zutreffen dürften.

Kommunistische Demonstrationen

Berlin, 23. Nov. Nachdem um 6.30 Uhr Reichspräsident Goering vom Hotel Kaiserhof abgehahren war, um die Antwort Hitlers an den Reichspräsidenten zu überbringen, mischte sich plötzlich, von allen Seiten kommend, eine große Anzahl kommunistischer Demonstranten unter die Menge. Sie rotteten sich vor dem Eingang des Hotels im Mittelteil der Straße zusammen und stießen Rufe gegen Hitler und seine Parteiführer aus. Die bereits seit längerer Zeit dort anwesenden Nationalsozialisten gerieten mit den Kommunisten ins Handgemenge, das die Polizei jedoch durch rasches Eingreifen im Keime erstickte. Die Nationalsozialisten wie die Kommunisten wurden von der Polizei abgedrängt und nach kurzer Zeit geräumt.

Hoover lehnt Streichung oder Aufhebung der Kriegsschuldenzahlung ab Ein neuer Vermittlungsvorschlag

Washington, 23. November. Kurz nachdem Roosevelt abgehahren war, hat Präsident Hoover seine Ansichten zur Schuldfrage in einem längeren Exposé dargelegt. Darin spricht er sich gegen die Streichung und auch gegen den Ausschub der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldentrate aus, schlägt jedoch vor, die amerikanischen Delegierten auf der Abwicklungs- und Weltwirtschaftskonferenz zu bevollmächtigen, Verhandlungen mit den Schuldnerregierungen zu führen. Diese Verhandlungen sollen sowohl die künftige Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten zum Gegenstand haben wie auch dazu dienen, Mittel und Wege zu finden, durch die die Zahlung erleichtert werden kann.

Bewiesen wird in diesem Zusammenhang auf eine Verminderung der Rüstungsausgaben als eines der möglichen Mittel oder auf ein anderes, die Anbahnung eines lebhafteren Warenverkehrs sowie sonstige Methoden, die jedoch die Lasten des amerikanischen Steuerzahlers nicht erhöhen dürfen.

Falls ein Transfer unüberwindliche Schwierigkeiten machen sollte, sieht das Exposé Hoovers als Notmaßnahme die Deposition der Ratenträge in den Schuldnerländern zugunsten Amerikas vor. Hoover weiß das Argument der Alliierten zurück, daß das Lausanner Abkommen etwas mit Amerika zu tun habe. Amerika erhalte keine Reparationen und ohne dabei die aus-

gefallenen Reparationszahlungen durch eine Streichung der Kriegsschuldentrate auszugleichen. Als stichhaltige Auffassung wird betont, daß sich die Alliierten anders als bei den Reparationen bei den Kriegsschulden freiwillig zur Rückzahlung verpflichteten und anerkannten, daß nur eine tatsächliche Zahlungsfähigkeit Grund zur Revision bieten könne.

Roosevelt und die Kriegsschuldfrage

Washington, 23. November. Die von verschiedenen Zeitungen unter den Mitgliedern der beiden Häuser veranfaßten Probeabstimmungen haben eine große Mehrheit gegen die Vertagung der im Dezember fälligen Zahlungen der alliierten Schuldentrate ergeben. Man nimmt jedoch an, daß Hoover und Roosevelt dem Kongress empfohlen werden, nach dem Empfang der Debatte die Frage der alliierten Zahlungsfähigkeit zu überprüfen. Sollte Roosevelt von seiner Parteileitung dahin beraten werden, daß die Schuldfrage auf der Weltwirtschaftskonferenz erörtert werden müsse, dann dürfte Hoover dem sofort zustimmen, da er im Sommer diese Frage lediglich mit Rücksicht auf die Wahlkampagne von der Tagesordnung der Konferenz aus-